

Pressekonferenz, 30. Mai 2017

Die Wahlgeschenke zahlen unsere Kinder

Begrüßungsstatement

Hubertus Pellengahr

Geschäftsführer

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie können es Monat für Monat auf Ihrer Gehaltsabrechnung lesen: Nur rund die Hälfte des Einkommens, das ihr Arbeitgeber an Sie zahlt, steht Ihnen zur Verfügung. Die andere Hälfte wandert als Steuern an den Staat oder als Beiträge in die Sozialversicherung. Der demografische Wandel wird diesen Anteil in der Zukunft vermutlich vergrößern. Eine vorausschauende, die Kostenentwicklung bremsende Politik wäre deshalb nötig. Was aber hat die aktuelle Regierung gemacht? Eine Politik ohne Weitblick. Sie hat an der Ausgabenschraube gedreht.

Die Rente mit 63 und Mütterrente sind zwei klassische Beispiele dafür, wie kurzfristig Politik sein kann. Statt die langfristige Akzeptanz und Finanzierbarkeit der Sozialversicherung im Blick zu haben, verteilte sie Rentengeschenke an ihre Wählergruppen. Nur die robuste wirtschaftliche Lage verhindert, dass die negativen Konsequenzen bereits jetzt spürbar sind. Wenig besser läuft es in der Steuerpolitik.

Auf der Einnahmeseite des Staates ist ein Rekordhoch nach dem anderen zu vermelden und die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank drückt die Zinsausgaben für den weiter immens hohen Schuldenberg. Doch die Zeiten werden sich wieder ändern. Dann wird sich zeigen, dass der Staat strukturell schlecht gerüstet ist für den Übergang der Babyboomer in das Rentenalter. Es ist deshalb höchste Zeit, das Bewusstsein in Politik und Bevölkerung dafür zu schärfen, welche Kostenbelastungen auf uns zukommen. Wir möchten mit der Studie, die Ihnen Dr. Jochen Pimpertz vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln gleich vorstellen wird, einen kleinen Beitrag für diese Bewusstseinsbildung leisten. Wir haben uns dabei auf die Sozialversicherung konzentriert. Genauer gesagt haben wir das IW gebeten auszurechnen, wie sich die erwarteten Beitragsansätze in der Sozialversicherung auf die Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland auswirken werden. Es ist wenig überraschend, dass die heute junge Generation und jene, die noch nicht geboren sind, die Hauptlasten tragen werden müssen. Es ist aber erstaunlich wie hoch diese Menschen negativ vom demografischen Wandel betroffen sein werden.

Es geht hier nicht um Schwarzmalerei.

Das IW Köln hat konservativ gerechnet, wie Ihnen Dr. Jochen Pimpertz gleich zeigen wird. So wurden etwa zukünftige Einkommenseffekte auf Basis der heutigen Einkommen berechnet, obwohl ja die Einkommen auch in Zukunft sehr wahrscheinlich

steigen werden. Uns geht es vielmehr darum, das Bewusstsein in der Öffentlichkeit über die Folgen der demografischen Entwicklung zu schärfen

und so der Politik den Spielraum zu geben, erfolgreich vorausschauende Politik betreiben zu können. Denn wir sehen im Wahlkampf regelmäßig - und speziell in diesem - wie schwer sich die Politik tut, eine solche vorausschauende Politik anzubieten.

Politik braucht Weitblick!

Deshalb haben wir in dieser Studie auch ausrechnen lassen, wie sich ein Beitragsniveau zum Beispiel von 46 Prozent in der Rentenversicherung auf die Einkommen der Haushalte auswirken würde.

Die Studie führt vor Augen, dass die bereits beschlossenen Rentengeschenke zukünftige Generationen enorm belasten. Wir brauchen jetzt eine Politik, die den demografischen Wandel abfedert und ihn nicht verstärkt.

Daher:

- Rente mit 63 abschaffen,
- Mütterrente nicht ausweiten,
- und die Kostenausweitung der Kranken- und Pflegeversicherung stoppen.

Das Ziel:

die Sozialversicherungsbeiträge nicht weiter unkontrolliert ansteigen lassen.

Das ist gerecht.

Wir sind davon überzeugt: dass eine Politik, die verspricht, den Beitragssatz in der Sozialversicherung in der kommenden Legislaturperiode konsequent unter 40 Prozent zu halten, breite Zustimmung bei Wählern finden kann.

Gerecht geht nur mit Marktwirtschaft.